Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1996)

Heft: 4: Das Zauberwort heisst Effizienz

Artikel: Der zaghafte Klimawandel

Autor: Braunwalder, Armin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586962

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bundesrat Leuenberger: "Wir wollen viel mehr auf Innovationen bauen, dank Energieeffizienz und neuen Technologien, die in der ganzen Welt steigenden Absatz finden werden."

Bild: Keystone

Ein Jahr Energieminister Leuenberger

Der zaghafte Klimawandel

Unter Moritz Leuenberger hat in der Energiepolitik so etwas wie ein Klimawandel eingesetzt. Trotzdem ist eine Energiewende noch weit entfernt. Im Gegenteil: Wirtschaftsverbände und Elektrolobby sind daran, das Rad in der Energiepolitik zurückzudrehen. Und die Äusserungen Leuenbergers sind nicht frei von Widersprüchen, wenn es um die Atomenergie geht.

*Von Armin Braunwalder**

Die frostige Atmosphäre, die sich unter Adolf Ogi im Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement etablierte, hat sich unter dem neuen Führungsstil seines Nachfolgers spürbar erwärmt. "Das Klima", sagt ein hoher EVED-Beamter, "ist jetzt viel besser". Der Wechsel vom prestigeversessenen Ogi zum Sachpolitiker Leuenberger sei ein "Quantensprung". Statt Kadavergehorsam und frühmorgendlichen Chef-Rapporten prägen nun Vertrauen und Teamarbeit das hausinterne Klima. Dieser Wandel prägt auch die Kommunikation nach aussen. Nehmen wir das Beispiel "Energie 2000".

Entstanden ist das Programm nach der Annahme der AKW-Moratoriumsinitiative. Damit sollte die vom Volk verordnete "Denkpause" in Sachen Atomenergie aktiv genutzt werden, um neue Perspektiven der zukünftigen Energieversorgung auszuloten. Nachdem Adolf Ogi die Initiative im Vorfeld der Abstimmung noch als "Einstieg in den Ausstieg" bezeichnete, krebste er kurz nach dem positiven Volksentscheid unter dem Druck der Atomlobby wieder zurück. Atomstrom soll in der Schweiz weiterhin in Hülle und Fülle aus den Steckdosen quellen.

Ogis festgenagelter Widerspruch

Sozusagen als energiepolitische Gewissensberuhigung liess Ogi die PR-Kampagne "BRAVO" vom Stapel. Dem staunenden Volk exerzierte der Selbstdarsteller über die Fernsehbildschirme vor, wie sich beim Eierkochen wirksam Strom sparen lässt. Das Beispiel war gut gewählt. Die Frage ist bloss: Wie lassen sich effiziente Stromnutzung und die weitere Erhöhung der Stromproduktion durch Atomkraftwerke unter einen Hut bringen? Wozu denn sparen, wenn Strom im Überfluss vorhanden ist?

Diesen eklatanten Widerspruch nagelte Ogi unter undurchsichtigen Umständen im BRAVO-Nachfolgeprogramm Energie 2000 fest. Auf der einen Seite steht das Ziel der rationellen Energienutzung und Förderung erneuerbarer Energien; auf der anderen Seite soll bis ins Jahr 2000 die Leistung von Atomkraftwerken um 10 Prozent erhöht werden. Am Altreaktor Mühleberg wurde die atomare Aufrüstung bereits Ende 1990 durchgespielt. Die Temperatur in der energiepolitischen Diskussion sank damit unter den Gefrierpunkt. Die Umweltverbände kündigten den von Ogi proklamierten "Energiefrieden" auf.

"Eine Frage des Charakters"

Kein Wunder deshalb, dass Atomkritiker Leuenberger nach seinem Amtsantritt Berührungsängste zum widersprüchlichen Gemischtwarenladen Energie 2000 verspürte und das Programm nicht "mit fliegenden Fahnen" übernehmen wollte, wie sich ein EVED-Beamter ausdrückt. Unter dem neuen Schirmherr soll Energie-2000 weggeführt werden vom BRAVO- und Eierkoch-Image, das sein Vorgänger aufgebaut hatte. Das sei eben "eine Frage des Charakters". Während sich der eine vor die Kameralinsen drängte, hält der andere ganz und gar nichts von öffentlicher Anbiederung. Leuenbergers Energie-2000-Botschaft heisst schlicht und einfach: Effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze. 1100 waren es zwischen 1990 und 1995. Bis zum Jahr 2000 sollen es

* Armin Braunwalder ist Geschäftsleiter der Schweizerischen Energie-Stiftung SES.

Leuenberger und...

Grimsel-West: Ob die Bernischen Kraftwerke AG (BKW) das gigantische Pumpspeicherprojekt "Grimsel-West" bauen können, hängt entscheidend von der Frage ab, ob das hochalpine Moorgebiet "Sunnig Aar" unter Schutz gestellt wird. Sowohl die Bernische Moorschutzkommission als auch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft sprechen sich klar für den Schutz aus. "Wenn dem so ist", erklärte Leuenberger in einem Facts-Interview, "dann erübrigt sich jede energiepolitische Debatte." Der Verfassungsartikel zum Moorschutz sei klar: Wenn die Grimsel eine Moorlandschaft sei, "hat es dort für nichts anderes Platz".

AKW Leibstadt: Die Kernkraftwerk Leibstadt AG erwartete die bundesrätliche Bewilligung zur beantragten 14,7prozentigen Leistungserhöhung für das AKW Leibstadt auf Ende August. Leuenbergers Vorgänger hätte den Entscheid wohl termingerecht durch den Bundesrat gepeitscht. Daraus ist nichts geworden. Das EVED lässt sich Zeit und prüft den Antrag minutiös. Mit gutem Grund: Ein positiver Entscheid stünde in krassem Widerspruch zu Leuenbergers Energie-2000-Credo ("Innovative Energiepolitik schafft Arbeitsplätze"). Denn der Stromüberfluss würde weiter vergrössert, effiziente Stromnutzung und erneuerbare Energien noch stärker behindert und das atomare Risiko erhöht. Ein positiver Entscheid hätte schwerwiegende Folgen für Leuenbergers Glaubwürdigkeit und den begonnenen "Energiedialog".

ZWILAG: Beim Bundesratsentscheid zur Baubewilligung für das atomare Zwischenlager Würenlingen stand Energieminister Leuenberger offenbar in der Minderheit. Vor der Presse jedenfalls vertrat er seine persönliche Meinung. Er gedenke auf den ZWILAG-Entscheid zurückzukommen, falls der Strassburger Gerichtshof das Urteil der europäischen Menschenrechtskommission in Sachen Leistungserhöhung AKW Mühleberg bestätige. Die Kommission hiess die Klage von Schweizer Umweltorganisationen (darunter auch die SES) gut, wonach die Klägerinnen das durch die Europäische Menschenrechtskonvention verbriefte Recht haben, den Bundesratsentscheid von einem unabhängigen Gericht beurteilen zu lassen. Das ist in der Schweiz bis heute nicht möglich. Und das ist menschenrechtswidrig.

über 6000 sein. Erwartet werden bis dann Investitionen von insgesamt 1,4 Milliarden Franken. Das ist zwar nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Wieviele Arbeitsplätze sich schaffen liessen, wenn aus dem noch zarten und verletzlichen Pflänzchen einmal ein stattlicher Baum wird, lässt sich nur erahnen. Es dürften Zehntausende sein.

Energieminister Leuenberger hat diese Chance offenbar erkannt. Doch die Wirtschaftsverbände sind daran, dem Sprössling Energie-2000 das Wasser abzugraben und auch dem moderaten Energiegesetz alle Zähne zu ziehen. Die Wirtschaftsbosse setzen weiterhin auf die Karte Atomenergie und Grosskraftwerke, Stromüberfluss und Discountpreise. Dass unter diesen Bedingungen Innovationen und Investitionen in Effizienztechnologien und erneuerbare Energien blockiert werden, scheint in den Gedankengängen der Wirtschaftsführer überhaupt keine Rolle zu spielen. Und die Elektrolobby macht sich daran, die Bewilligungspflicht für Elektroheizungen abzuschaffen, um damit mehr Absatzkanäle für überflüssigen Atomstrom zu erschliessen.

In seiner energiepolitischen Standortbestimmung vor dem atomfreundlichen Energieforum legte Moritz Leuenberger Ende Juni 1996 den Finger auf diesen wunden Punkt: "Es gibt überall grosse, wirtschaftliche Effizienzpotentiale. Sie werden aber nicht genutzt, weil man sie nicht kennt, weil Energie nicht zählt (ausser in energieintensiven Betrieben) und weil Energie zu billig ist." Auf 11–16 Milliarden Franken schätzt sein Departement die ungedeckten, externen Kosten im Energie- und Verkehrsbereich. Solange diese Kosten nicht internalisiert würden, so Leuenberger, werde Energie nicht optimal eingesetzt.

Widersprüchliche Äusserungen Leuenbergers

Nach dem Jahr 2000 gelte es im Strombereich die Elektrizitätsnachfrage zu reduzieren und die Beiträge der erneuerbaren Energien weiter zu erhöhen. Folgerichtig zieht Leuenberger den Schluss: "Wir wollen viel mehr auf Innovationen bauen, dank Energieeffizienz und neuen Technologien, die in der ganzen Welt steigenden Absatz finden werden." Mit dieser Strategie würden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen geschaffen.

Doch auch Leuenbergers Politik ist nicht frei von Widersprüchen. Ende März 1996 erklärte er vor der Bundeshauspresse: "Aus meiner heutigen Sicht erscheint es mir als undenkbar, dass ein neues Kernkraftwerk mit heutiger Technologie in der Schweiz erstellt werden könnte, wie uns Kaiseraugst und Graben zeigten. Strittig könnte aber die Verlängerung bestehender Bewilligungen werden." Leuenbergers atomkritisches Coming-out versetzte die Atomgemeinde in gewaltigen Aufruhr. Mit geharnischten Reaktionen fuhren sie dem Energieminister an den Karren. Drei Monate später relativierte Leuenberger seine Äusserung vor dem Energieforum vielsagend: "Im Elektrizitätsbereich sind verbesserte Rahmenbedingungen notwendig, vor allem für die Kernenergie (...)." Deshalb werde die Revision der Atomgesetzgebung vorbereitet.

Falls es dem Energieminister mit dieser Aussage tatsächlich ernst ist, droht er über kurz oder lang ins Fahrwasser seines Vorgängers zu geraten. Denn die von Leuenberger vorskizzierte Energiepolitik nach der Jahrtausendwende lässt sich mit dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke nicht vereinbaren.

Die Schweiz steht an einer energiepolitischen Wegscheide. Wohin die Reise geht, entscheidet sich in den nächsten Jahren. Das enorme Innovations- und Arbeitsplatzpotential des Effizienzpfades lässt sich erst grob abschätzen – ebenso die ökologischen Vorteile. Wohin uns der Atompfad geführt hat, ist dagegen genau bekannt: In eine mit unverantwortbaren Risiken behaftete Sackgasse. ❑